Protokoll des AK Politik-Treffens am 19. Februar 2026

Online: Marianne Arndt (Mosaik Köln Mülheim e.V.), Hashem Bazrafshan, Ottmar Bongers (Caritaskreis St. Gereon) , Monika Dobbelstein (Flüchtlingshilfe St. Severin), Ariane Elshof (Uni Köln "Academic Refugee Support"), Johannes Gallo (Flüchtlingshilfe Zündorf/Ensen), Beate Gröschel („Nippes im Gespräch“), Martin Gerner (DLF/ARD-Autor, Entwicklungshelfer, Konfliktforscher), Rahel Gieselmann (Perspektivberatung Caritas), Daniela Hesse, David Krämer (InVia, Ankommen Plus), Natalie Linke, Kurt Luckhardt (NIL e.V. – Netzwerk Integration Lindenthal e.V.), Mesut Mutlu (EAK Bürgeramt Lindenthal und Porz), Pascale Rudolph und Ute (NIL e.V. – Netzwerk Integration Lindenthal e.V.), Uli Thomas (ANN – Aktion Neue Nachbarn), Barbara Skerath (WiRo – Willkommen in Rondorf), Shokoh Tabar (Ombudsstelle), Rebecca Wehling, Anja Wirtz, Angelika Wuttke („hallo in sülz“ & Protokoll)

Das folgende Protokoll gibt die am 19.2.2026 besprochenen TOPs (**➔ 1, 2, 3.2, 4**) und die Entwicklungen wieder, die seitdem Thema waren und die in den letzten Wochen per Mail beim AK Politik ankamen.

Überblick

1 Aktuelles aus den Willkommensinitiativen 2
1.1 Kölner Spendenkonvoi (KSK): Missstände in der Notunterkunft Vorgebirgsstraße 2
1.2 Abschiebungen: Wer will sich dagegen engagieren? 2
1.3 Cafe Konekti (in der Alten Feuerwache) 2
1.4 „BürgerTreff im Kölner Süden gefährdet!“ 2
2 Angebote der Universität zu Köln 2
2.1 Deutschunterricht online für Afghan:innen, die noch in Afghanistan sind 2
2.2 LehrkräftePLUS Köln: Wiedereinstieg für Lehrkräfte mit Fluchthintergrund 2
2.3 Hilde-Domin-Programm 3
2.4 Studienvorbereitende Deutschkurse an den Hochschulen (Universität und TH) 3
3 Nutzungsgebühren: Verschiedene Schulden / Stand der Klage 3
3.1 Gebührendelta gelöst – Mahnsperre wird wohl zum 30.6.2026 aufgehoben 3
3.2 Zu erwartende Schulden nach Aufhebung der Mahnsperre 3
3.3 Runder Tisch für Flüchtlingsfragen: Bildung einer AG zu den Schulden 3
3.4 NRW: Vergleich von Gebühren der Unterbringung in verschiedenen NRW-Städten 3
3.5 Was ist ein Normenkontrollverfahren? 4
3.6 Stand der Klage des AK Politik gegen die Nutzungsgebührenordnung seit Januar 2024 4
4 Integrationskurse: Zulassungsstopp für Personen nach *§ 44 Abs. 4 AufenthG* 4
4.1 BAMF-Trägerrundschreiben 02/2026 4
4.2 Petition der GEW “Zulassungsstopp für Integrationskurse zurücknehmen!“ 4
4.3 Situation in Köln 5
5 Wie viele Geflüchtete gibt es Köln? Wo gibt es darüber Informationen? 5
5.1 NRW-Verteilstatistik (= Tabelle der Zuweisungen in NRW) 5
5.2 Köln: Informationen, Berichte und Zahlen 5
6 Verschiedenes 6
6.1 Bei der Umsetzung von GEAS Gestaltungsspielräume nutzen! (FR Niedersachsen) 6
6.2 Bündnis "Bildung statt Abschiebung" in Hessen 6
6.3 Unabhängige Asylberatung: Dobrindt will Förderung Ende 2026 einstellen 6
6.4 Offener Brief Vaterschaftsanerkennungen 7
6.5 Passbeschaffung für eritreische Staatsangehörige – Aktualisierung des BMI am 20.1.26 7
6.6 Iran: Situation und Abschiebestopp in einzelnen Bundesländern: z.B. NRW bis 15.4.26 7
6.7 Schutz für irakische Jesidinnen – NRW-Schutzprogramm beantragt / Umfrage bis 22.3. 7
6.8 „FamilienPlusPunkt“ Karte 8
6.9 Sirenenalarm: Probealarm und Selbstschutzmaßnahmen 8
6.10 Escape-Room „Fremd in einem Land“ der Bonner Flüchtlingshilfe e.V. 8
7 Materialien zum Download 8
7.1 Wohnsitzauflage und Wohnsitzregelung 8
7.2 Materialien vom FR Hessen 8

7.3 „Abschiebungen und Abschiebungshaft“ – Impulspapier der FES ... 8
8 Termine ... 9
8.1 Zusammenstellungen und Portale ... 9
Kölner Willkommenskultur: Aktuelle Veranstaltungen ... 9
Jobcenter und Arbeitsagentur: Veranstaltungen ... 9
Gremien der Stadt Köln (Auswahl): Mitglieder 2025-2030 und Termine 2026 ... 9
Flüchtlingsrat NRW (FR NRW): Online-Veranstaltungen ... 9
Hessischer Flüchtlingsrat: Online ... 9
8.2 Einzelne Termine ... 9
Mi 18.3.: „Mir fehlen die Argumente, aber Haltung ist mir wichtig?!“, online, 12 Uhr ... 9
Sa 21.3.: Demonstration und Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Rassismus, ab 13 Uhr ... 9
Mi 25.3.: Vernetzungstreffen in Rodenkirchen, 19-21 Uhr ... 10
Do 2.4.: Ehrenamtsinfo des Jobcenter-Integration Point – Online, 17–19 Uhr (alle 2 Monate) ... 10
Mi 22.4.: Perspektiven für Menschen mit unsicherem Aufenthalt, 18-20 Uhr, Porz ... 10
Di 28.4.: Arbeit als Integrationsbasis, ANN Fachnachmittag, 15:30-20 Uhr, VHS-Forum ... 10
Di 5.5.: „GEAS & Co. Solidarität in der Stadtgesellschaft?!“, 8:30-17 Uhr, Fachtagung, VHS-Forum 10
Mi 6.5.: Engagier dich! – Engagementbörse für die Willkommenskultur in Köln, 18-20 Uhr ... 10
Sa 9.5.: Wege zur Einbürgerung, 10-12:30 Uhr, Porz ... 10
Mi 17.6.: Fachtag zu Gewaltschutz & queeren Geflüchteten, 9:30-16:20, Alte Feuerwache ... 10
9 Nächstes AK-Politik-Treffen am Do 19.3.2026 um 19 Uhr in Präsenz ... 10

➔ **SAVE THE DATES** der weiteren AK Politik-Treffen am 3. Donnerstag im Monat:
2026: Do 15.1., 19.2., 19.3., 15.4., 21.5., 18.6., 16.7., 20.8.(?), 17.9., 15.10., 19.11., 17.12.2026.

1 Aktuelles aus den Willkommensinitiativen

1.1 Kölner Spendenkonvoi (KSK): Missstände in der Notunterkunft Vorgebirgsstraße

Der KSK hat eine Presseerklärung am 19.2.2026 herausgegeben über die gravierenden Missstände in der Notunterkunft Vorgebirgsstraße (Gelände vor dem Südstadion). Der FR NRW hat darüber in der Schnellinfo 2/2026 auf S. 11 berichtet, die WDR-Lokalzeit am 6.3.2026.

1.2 Abschiebungen: Wer will sich dagegen engagieren?

Bericht über eine Abschiebung nach Guinea wird über die erlebte Praxis von Ausländerbehörden im Kölner Umland berichtet: Bei negativem Ausgang des Asylverfahrens werden keine Duldungen mehr ausgegeben, sondern eine „Bescheinigung über vorrübergehenden Aufenthalt ohne amtliches Aufenthaltspapier“.

Nach dem Bericht einer Abschiebung wird überlegt, dazu eine eigene Gruppe zu bilden. Wer hat daran Interesse? Bitte melden bei Marianne Arndt ma.arndt@mailbox.org oder ak-politik-koeln@online.de!

1.3 Cafe Konekti (in der Alten Feuerwache)

Flyer / findet statt an jedem 1. und 3. Donnerstag von 16-18 Uhr in der Alten Feuerwache ab 5.3.2026, organisiert von der Willkommensinitiative im Agnesviertel in Kooperation mit DaKo e. V.

1.4 „BürgerTreff im Kölner Süden gefährdet!“

Pressemitteilung am 20.2.2026 von der WiSü-Willkommen im Rheinbogen e.V.

2 Angebote der Universität zu Köln

Ariane Elshof berichtete von folgenden Angeboten der Universität zu Köln:

2.1 Deutschunterricht online für Afghan:innen, die noch in Afghanistan sind

2.2 LehrkräftePLUS Köln: Wiedereinstieg für Lehrkräfte mit Fluchthintergrund

Webseite / Die Bewerbungsphase für das Wintersemester 2026/2027 ist **abgeschlossen**. In Köln gibt es das Programm seit 2018, jährlich mit 25 Personen. Eine Lehrkraft von 2019 wurde jetzt verbeamtet!
Da die Förderung von LehrkräftePLUS bisher nur bis Ende 2027 besteht, ist unklar, ob es einen weiteren Durchgang ab August 2027 gibt (Deutsche Welle am 27.12.2025). Darüber Infos im Newsletter: Anmeldung.
Weitere Informationen: s. auch AK-Politik-Protokoll vom 9.10.2025, S. 7

2.3 Hilde-Domin-Programm

Webseite auf Deutsch und Englisch. FAQ / Stipendium für gefährdete Studierende sowie Doktorandinnen und Doktoranden weltweit, Zugang durch Nominierung einer Institution (bis 15.3.2026), Deutschkenntnisse ab B1. Das Programm soll weltweit, denen in ihrem Herkunftsland formal oder de facto das Recht auf Bildung und/oder andere Grundrechte verweigert werden, darin unterstützen, ein Studium in Deutschland aufzunehmen oder fortzusetzen, um einen Studien- oder Promotionsabschluss an einer deutschen Hochschule zu erlangen.

2.4 Studienvorbereitende Deutschkurse an den Hochschulen (Universität und TH)

TH Köln: Webseite

Universität zu Köln: Webseite, Infoblatt, Informationsveranstaltung online (Pflicht vor der Bewerbung!), FAQ= häufig gestellten Fragen, Bewerbungsportal (freigeschaltet ab April für Wintersemester), Bewerbungsfristen: 15.8. für Wintersemester (ab Oktober) und 15.2. für Sommersemester (ab April)

Voraussetzungen für die Deutschkurse an der Uni Köln:

1. Berechtigung für Hochschulzugang (HZB): Kurzcheck
2. Deutschkenntnisse: abgeschlossenes Niveau B1 oder höher (Zertifikat)
3. Fluchthintergrund: siehe „Liste der akzeptierten Aufenthaltstitel“

3 Nutzungsgebühren: Verschiedene Schulden / Stand der Klage

3.1 Gebührendelta gelöst – Mahnsperre wird wohl zum 30.6.2026 aufgehoben

Die Mahnsperre ist wegen „Altlasten aus der alten Gebührensatzung“ verhängt worden, die durch das sogenannte „Gebührendelta“ entstanden sind (s. Ausführungen von Stefan Müller im Runden Tisch für Flüchtlingsfragen vom 30.1.2026: Niederschrift S. 13 ff.) Da das Gebührendelta Anfang Januar durch eine Verfügung zur „Ausbuchung“ von ca. 3,5 Mill. Euro gelöst werden konnte, wird die Mahnsperre (höchstwahrscheinlich) zum 30.6.2026 aufgehoben.

3.2 Zu erwartende Schulden nach Aufhebung der Mahnsperre

Auch wenn das Problem des Gebührendeltas durch Ausbuchung gelöst wurde, werden nach Aufhebung der Mahnsperre viele weitere Schulden angemahnt werden:

- **Altlasten aus der Nutzungsgebührenordnung von 2018-2023**, von den Teilnehmende des AK Politik schon seit Herbst 2022 immer wieder berichteten. Bei RuTi am 21.4.2023 nannte Frau July vom Wohnungsamt Zahlen von 2021 bis April 2023 (RuTi-Niederschrift S. 13, Zahlen von AW als Tabelle aufgeschrieben).

Jahr	Anzahl Mahnungen	Forderungssumme Gesamt	Durchschnittliche Forderung pro Mahnung
2023 (bis April 2023)	705	950.000 €	1.347 €
2022	2.869	2.900.000 €	1.010 €
2021	3.367	3.250.000 €	965 €

- **Neue Schulden in der Nutzungsgebührenordnung seit 2024.**
  Da in der neuen NG-Ordnung keinen Härtefallantrag mehr möglich sind, haben viele Selbstzahlende einen Widerspruch gegen ihren Bescheid eingelegt und ihre bisherige Nutzungsgebühren gezahlt. Als Differenz zwischen beiden Gebühren sind inzwischen mehrere Tausend Euro Nachforderungen entstanden.

3.3 Runder Tisch für Flüchtlingsfragen: Bildung einer AG zu den Schulden

Im Runden Tisch für Flüchtlingsfragen am 30.1.2026 (Niederschrift S. 15 f.) wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Ziel ist, *„die verschiedenen Problemfelder wie Altschulden, Gebührendelta und neue Schulden systematisch aufzuarbeiten und die Ergebnisse dem Runden Tisch am 24.4.2026 darzustellen. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Stefan Müller, Vertreterinnen des AK Politik, Bettina Baum, Tim Westerholt, Annette de Fallois, Claus-Ulrich Prölß sowie eine Vertretung des Jobcenters.“* Sie wird sich am 23.3. zum ersten Mal treffen.

3.4 NRW: Vergleich von Gebühren der Unterbringung in verschiedenen NRW-Städten

Der FR NRW hat auf der Webseite“ und per Mail folgende Satzungen verlinkt:

- **Bochum:** Satzung vom 23.5.2017 mit Änderung vom 18.12.2025)

- **Erndtebrück**: Betriebswirtschaftsrechnung für 2026
- **Gangelt**: Satzung vom 16.1.2025
- **Hiddenhausen**: Änderungssatzung für 2026
- **Hörstel:** Satzung vom 18.12.2024
- **Köln:** Satzung vom 15.12.2023 mit Informationen zur Normenkontrollklage,
- **Lindlar:** Satzung vom 9.10.2020 mit Änderung vom 18.12.2023
- **Monschau**: Gebührenkalkulation für das Jahr 2026
- **Nettetal:** Änderungssatzung vom 17.12.2024
- **Nörvenich**: 5. Änderungssatzung vom 29.11.2025, Beschluss am 3.12.2025
- **Wadersloh:** Satzung vom 17.12.2024

3.5 Was ist ein Normenkontrollverfahren?

= rechtliches Vorgehen gegen Gebührensatzungen und -bescheide. Dazu FR NRW am 17.4.2025*:*
Eine kommunale Gebührensatzung kann in NRW mittels eines Normenkontrollverfahrens angegriffen werden (§ 109a JustG NRW, § 47 VwGO), wenn die Antragstellerin geltend macht, durch diesen Verwaltungsakt in ihren Rechten verletzt worden zu sein. Der Antrag auf Durchführung des Verfahrens muss innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Satzung eingereicht werden. Zuständig ist in NRW das ***Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster****.*

Z.B. können folgende Zweifel an der Nichteinhaltung zu einer Normenkontrollklage führen:

- *Äquivalenzprinzip: Steht die Gebühr in einem angemessenen Verhältnis zur Leistung (bspw. in Größe oder Ausstattung der Unterkunft)?*
- *Allgemeiner Gleichheitsgrundsatz: Müssen alle Gebührenzahlerinnen bei etwa gleicher Nutzung auch Gebühren in vergleichbarer Höhe zahlen bzw. werden niedrigere Gebühren bei geringerem Nutzungsumfang veranschlagt (z. B. bei Kindern)?*
- *Kostendeckungsprinzip: Hat die Kommune eine ordnungsgemäße Gebührenkalkulation vorgelegt?*
- *Verhältnismäßigkeitsgrundsatz: Wird das Kostendeckungsprinzip nur in einem Umfang herangezogen, durch den eine soziale Überforderung vermieden wird (ggf. über eine Härtefallregelung oder Gebührenreduktion je nach Höhe des Einkommens)? Oder wurden bspw. im Rahmen einer neuen Satzung die Gebühren stark erhöht und erreichen nun möglicherweise einen so hohen Wert, der die Betroffenen sozial überfordern könnten?*

Zur Überprüfung einer neuen Gebührenordnung der Stadt Köln wurde ein Normenkontrollverfahren beantragt. Das Verfahren läuft derzeit noch. Einen Artikel dazu finden Sie hier. (Aus: FR NRW am 17.4.2025)

3.6 Stand der Klage des AK Politik gegen die Nutzungsgebührenordnung seit Januar 2024

- Zusammenfassung des AK Politik vom 28.1.2026: Link
- Die Klage wurde von RA Kreutzer im Auftrag des AK Politik im Dezember 2024 eingereicht, es gab ein Hin und Her von Stellungnahmen, und nun wird vom OVG (Oberverwaltungsgericht) Münster der Termin der Anhörung erwartet. Da das OVG auch überlastet ist, kommt der Termin hoffentlich noch in diesem Jahr.
- Nach einem Spendenaufruf des AK Politik im Dezember 2025 konnte auch die 2. Rechnung des Rechtsanwalts bezahlt werden – herzlichen Dank an alle, die gespendet haben!

4 Integrationskurse: Zulassungsstopp für Personen nach *§ 44 Abs. 4 AufenthG*

4.1 BAMF-Trägerrundschreiben 02/2026

vom 9.2.2026 mit Anlage 1 mit Umsetzungshinweisen:

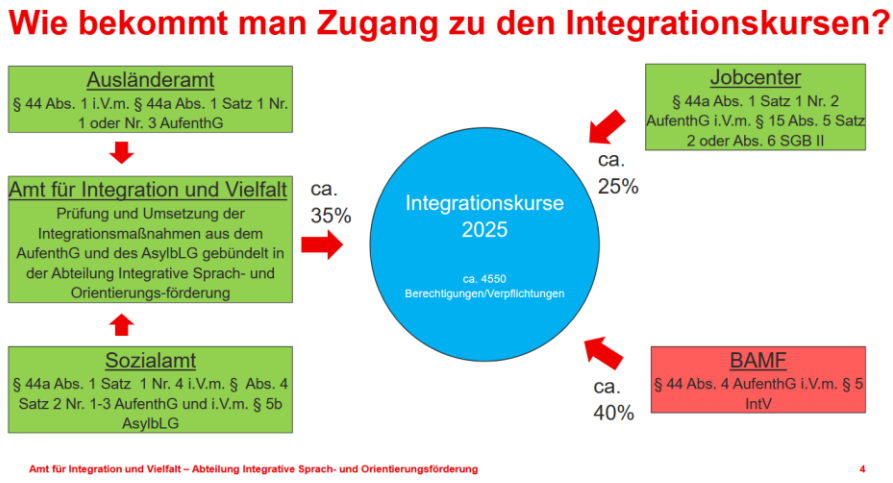
> *"dass im laufenden Haushaltsjahr bis auf Weiteres keinerlei Zulassungen für die Teilnahme an Integrationskursen nach § 44 Abs. 4 AufenthG erteilt werden können. Das bedeutet, dass insbesondere Asylbewerber, Geduldete (§ 60a Abs. 2 S. 3 AufenthG), Menschen aus der Ukraine sowie Unionsbürger nicht mehr im Rahmen verfügbarer Kursplätze zur Teilnahme am Integrationskurs zugelassen werden. Bereits erteilte Teilnahmezulassungen behalten ihre Gültigkeit. Es ist möglich, dass die Träger anfragende Personen, die keine Zulassung erhalten können, als Selbstzahlende in die Kurse aufnehmen."*
> [BAMF-Rundschreiben werden veröffentlicht in der BAMF-Infothek]

4.2 Petition der GEW "Zulassungsstopp für Integrationskurse zurücknehmen!"

https://weact.campact.de/petitions/zulassungsstopp-fur-integrationskurse-zurucknehmen

4.3 Situation in Köln

Aus der Präsentation beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen am 6.3.2026:



Zuständige Stellen in Köln

- **Berechtigungen und Verpflichtungen des Ausländeramtes und Sozialamtes**
  In diesen Fällen wenden Sie sich bitte an die Abteilung **Integrative Sprach- und Orientierungsförderung** im Amt für Integration und Vielfalt.
  163-Integration@stadt-koeln.de / Kontaktformular / Webseite
  B3 Campus, Dillenburger Straße 56-66, 51105 Köln
  Tel. 0221-221-29926 / Termine nach Vereinbarung.

Nach entsprechender Prüfung durch die Abteilung Integrative Sprach- und Orientierungsförderung:

§ 7 Abs. 1 Satz 2 AufenthG *	§ 25 Abs. 2 AufenthG
§ 10 AufenthG *	§ 25 Abs. 4a Satz 3 AufenthG
§ 18a AufenthG	§ 25b AufenthG
§ 19c AufenthG	§ 28 AufenthG
§ 19d AufenthG *	§ 30 AufenthG
§ 21 AufenthG (außer § 21 Abs. 4 AufenthG) *	§ 32 AufenthG
§ 22 AufenthG *	§ 34 AufenthG *
§ 23 Abs. 2 AufenthG	§ 36 AufenthG
§ 23 Abs. 4 AufenthG	§ 36a AufenthG
§ 25 Abs. 1 AufenthG	§ 38a AufenthG

* Muss im Detail geprüft werden und ist als Einzelfall individuell zu entscheiden.

- **Berechtigungen und Verpflichtungen des Jobcenters**
  Sofern Leistungen nach SGB bezogen werden, sollte Kontakt mit der zuständigen Integrationsfachkraft aufgenommen werden.

5 Wie viele Geflüchtete gibt es Köln? Wo gibt es darüber Informationen?

5.1 NRW-Verteilstatistik (= Tabelle der Zuweisungen in NRW)

Geflüchtete werden in Deutschland seit dem 1.4.1993 mit dem Quotensystem EASY (**E**rstverteilung **ASY**lsuchende) nach dem Königsteiner Schlüssel in die Bundesländer verteilt. In NRW (Quote 21,07592 %) wird nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) weiter in die Kommunen zugewiesen. Die **B**ezirks**R**egierung **A**rnsberg ist zuständig für Köln und aktualisiert wöchentlich am Freitag die **Verteilstatistik (= Tabelle der Zuweisungen in NRW)**. Danach wohnten am 20.2.2026 von den 289.167 Geflüchteten in NRW in der „Kreisfreien Stadt Köln“ 16457 Geflüchtete. Das ist nach dem Königsteiner Schlüssel eine Quote von 97,4%, d.h. Köln könnte noch 461 Geflüchteten zugewiesen bekommen – s. Ausschnitt der Verteilstatistik vom 20.2.26:

Reg.bezirk	Kreis	Kommune (grau unterlegte Kommunen haben die zugrunde liegende Bestandserhebung nicht oder verfristet abgegeben)	FlüAG-Bestand Februar + Zuweisungen bis 25.04.2025	Zuweisungsschlüssel (§ 3 I, II FlüAG)	maximal anrechenbare Kapazität der Landeseinrichtungen gem. § 3 V, VI FlüAG	In Abzug gebrachte anrechenbare Kapazität gesamt	Aufnahmeverpflichtung gesamt	Aufnahmeverpflichtung/Übererfüllung bis zum Erreichen von 100 %	Erfüllungsquote in %
Köln	kreisfreie Stadt	Köln	16457	5,5442021057332900	800	800	16.918	-461	97,40

5.2 Köln: Informationen, Berichte und Zahlen

Auf der Webseite „Geflüchtete in Köln“ der Stadt Köln gibt das Wohnungsamt Auskunft über die momentan ca. 9000 Geflüchteten, die in städtischen Unterkünften leben: über die Formen der Unterbringung mit einer "Road Map" der Flüchtlingsunterkünfte und erstellt regelmäßig für die städtischen Gremien Berichte:

- "**Berichte zur Situation von Geflüchteten in Köln**" seit 2015: Bericht 2 bis 40, Bericht 41 (Jahresbericht 2023), Bericht 42 (I. Quartal 2024), Bericht 43 (II. Quartal 2024), Bericht 44 (III. Quartal 2024), Bericht 45 (Jahresbericht 2024), Bericht 46 (I. Quartal 2025), Bericht 47 (II.+III. Quartal 2025).
- „**Sachstandsberichte** zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten“ als Mitteilung an Gremien des Stadtrats: Sachstandsbericht (SB) vom 25.7.2022 (1864/2022), 2. SB vom 15.11.2022 (3795/2022), 3. SB vom 14.11.2023 (3192/2023) , 4. SB vom 15.2.2024 (0522/2024), 5. SB vom 12.8.2024 (2326/2024) 6. SB vom 25.2.2025 (0520/2025), 7. SB vom 3.11.2025 (2286/2025), 8. SB vom 20.2.2026 (0313/2026)
- **Bedarfsfeststellungen**: Beschluss vom 5.5.2022 (1319/2022 – mit Geflüchteten aus der Ukraine), vom 10.11.2022 (3537/2022), vom 12.5.2023 (1050/2023), vom 21.8.2024 (0391/2024), vom 3.7.2025 (1093/2025).
- "**Entwicklung der Unterbringungsressourcen**“ (bis Ende 2027): Präsentation beim RuTi am 6.3.2026, Mitteilung 0352/2026 vom 23.2.2026

6 Verschiedenes

6.1 Bei der Umsetzung von GEAS Gestaltungsspielräume nutzen! (FR Niedersachsen)

Presseerklärung am 27.2.2026: Der FR Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, Spielräume bei der Umsetzung von GEAS zu nutzen: Schutz statt Abschreckung, Rechte statt Restriktionen. Konkret:

- **Minimierung von Freiheitsbeschränkungen** durch Verzicht auf geschlossenen oder haftähnlichen Einrichtungen;
- **Transparente Information** durch Vorlage eines öffentlichen, laufend aktualisierten Umsetzungsplanes mit Zuständigkeiten, Zeitplan, Auswirkungen auf Kommunen und Rechte der Betroffenen;
- **Frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung der Zivilgesellschaft** (Wohlfahrtsverbände, Fachberatungsstellen, Kommunen, Flüchtlingsräte, Selbstorganisationen und Betroffene) an der GEAS-Umsetzung;
- **Schadensbegrenzung und Rechtesicherung** u.a. durch unabhängige Beratung, Zugang zu Anwält*innen in allen Einrichtungen sowie Zugang zu Schule, Kita, Gesundheitsversorgung und psychosozialer Beratung ab Tag eins;
- **Bedarfe von Kindern** (und anderen vulnerablen Personen) **frühzeitig identifizieren und stillen** u.a. durch kindgerechte Verfahren, Priorisierung des Nachzugs von Eltern und Verzicht auf die haftähnliche Unterbringung von Kindern.

6.2 Bündnis "Bildung statt Abschiebung" in Hessen

Webseite / PM am 8.12.2025 / PDF: Breites zivilgesellschaftliches Bündnis fordert Ende integrationsfeindlicher Abschiebepraxis in Hessen. Zu den Gründungsorganisationen gehören die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesschüler*innenvertretung, die Diakonie Hessen, der Paritätische Hessen, der Hessische Flüchtlingsrat, der Landesausländerbeirat. Die Forderungen des Bündnisses werden inzwischen von über 900 weiteren Organisationen und Einzelpersonen in Hessen unterstützt.
Resolution der Fachtagung "Bildung statt Abschiebung" am 4.3.2026: Webseite, PDF

Habt Ihr Ideen, wen man für ein solches Bündnis in NRW ansprechen könnte? Habt Ihr Kontakte zu den Organisationen hier in Köln oder NRW?

6.3 Unabhängige Asylberatung: Dobrindt will Förderung Ende 2026 einstellen

- „Dobrindt plant Finanzierungs-Stopp für unabhängige Asylberatung – scharfe Kritik von Verbänden“ (RND am 14.3.2026, Tagesschau am 14.3.2026, SPIEGEL am 14.3.2926)
- *„Erst 2022 hatte die Ampel-Koalition die Förderung im Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren beschlossen. Seit Mitte 2023 können Schutzsuchende entsprechende Beratungen bei zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden in Anspruch nehmen. Die Union, die heute gemeinsam mit der SPD regiert, hatte dies damals kritisiert. Das Ziel des Angebots ist dabei keineswegs nur humanitärer Natur, sondern soll auch der Effizienz dienen: Durch frühzeitige Aufklärung sollen aussichtslose Verfahren und langwierige Klagen vermieden werden. In den ersten beiden Jahren nahmen rund 108.000 Asylsuchende ein solches Gespräch in Anspruch.“* (RND am 14.3.2026)

6.4 Offener Brief Vaterschaftsanerkennungen

- **Gesetzesentwurf** der Bundesregierung „zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft“ (21/4081), 1. Lesung im Bundestag am 25.2.2026
- „**Generalverdacht gegen Familien gefährdet Kindeswohl**“ – Offener Brief von 50 Organisation am 25.11.2026, Pressemitteilung am 24.11.2026 / Der Paritätische: Fachinfo, Stellungnahme
- Stellungnahme des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften am 25.11.2025

Worum es geht: (➔ Mediendienst Integration am 19.1.2026)
*„Die **Anerkennung der Vaterschaft** für ein ausländisches Kind durch einen deutschen Mann kann ein Aufenthaltsrecht sowohl für das Kind als auch für die Mutter des Kindes kreieren: Das Kind ist nach Anerkennung das Kind eines Deutschen und bekommt ebenfalls den deutschen Pass. Die Mutter bekommt wiederum als Mutter dieses Kindes ein Aufenthaltsrecht.“ „Von einer **missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung** – einer sogenannten Scheinvaterschaft – spricht man, wenn ein deutscher Staatsangehöriger ein ausländisches Kind anerkennt, obwohl er weder der biologische noch der soziale Vater des Kindes ist. Der Missbrauch liegt darin, dass in diesen Fällen die Anerkennung lediglich dem Zweck dient, ein Aufenthaltsrecht für das Kind und/oder für die Mutter des Kindes zu kreieren.“* Allerdings gibt es nur wenige Missbrauchsfälle: in Deutschland wurden von 2018-2021 in vier Jahren 290 missbräuchliche Vaterschaften festgestellt, auch an Auslandsvertretungen nur „sehr geringe Quote“.

6.5 Passbeschaffung für eritreische Staatsangehörige – Aktualisierung des BMI am 20.1.2026

Das BMI hat am 20. Januar 2026 neue Hinweise zur Passbeschaffung für eritreische Staatsangehörige verschickt und damit das Länderschreiben vom 16.8.2023 aktualisiert: *„Ein genereller Verzicht auf Vorsprachen ist aufgrund der veränderten Ausstellungspraxis in den eritreischen Auslandsvertretungen in Deutschland nach den Erfahrungen der Ausländerbehörden nicht mehr geboten. Dies umfasst alle eritreischen Staatsangehörigen, unabhängig von Alter und Geschlecht.“* Es muss *„zunächst versucht werden muss, die Pflichten zur Passbeschaffung und Identitätsklärung zu erfüllen.“* Wenn man dann beweisen kann, *„dass eine Reueerklärung von der antragstellenden Person verlangt wird, soll von der Aufforderung der Vorsprache bei der Botschaft im Einklang mit der zitierten Rechtsprechung auch weiterhin abgesehen werden.“*

6.6 Iran: Situation und Abschiebestopp in einzelnen Bundesländern: z.B. NRW bis 15.4.2026

Das Folgende wurde vor dem Angriff der USA und Israel am 28.2.2026 zusammengestellt, z.T. aktualisiert:

- **Aktuelle Situation** im Iran: Berichte z.B. von amnesty international, Deutschlandfunk, bpb, taz u.a.
- **Iraner in Deutschland** (Mediendienst Integration): In Dtl. leben 319.000 Personen mit einem iranischen Migrationshintergrund – eine der größten Communitys weltweit. Rund 128.000 Iraner haben sich in den vergangenen 25 Jahren einbürgern lassen. Von den etwa 161.600 iranische Staatsbürger*innen ohne deutschen Pass haben rund 68 Prozent einen Aufenthaltstitel (rund 110.000 Personen). Als ausreisepflichtig gelten rund 11 Prozent, seit 2020 wurden 114 Personen in den Iran abgeschoben.
- „Die Menschenrechtslage im Iran und die deutsche Asylpraxis“ (ProAsyl am 18.2.2026, PDF 11 S.)
- „Iran akut. Momentum, Massaker, Machtverhältnisse“: Podiumsdiskussion am 25.2.2026 mit Natalie Amiri, Navid Kermani und Parastou Forouhar.
- **Offener Brief an die Bundesrepublik** von vier Initiatoren – Professorin Naika Foroutan, Schriftsteller Navid Kermani, Filmregisseur Mohammad Rasoulof und Schauspielerin Jasmin Tabatabai – sowie 65 weitere Erstunterzeichnende: Der deutsche Staat solle strafrechtlich zu den Massakern im Iran ermitteln, Beweise systematisch dokumentieren und – wo möglich – Verantwortliche nach dem Völkerstrafgesetzbuch verfolgen. (DIE ZEIT am 25.2.2026)
- **Navid Kermani:** „Freiheit ist nicht nur das Helle, Unfreiheit nicht nur das Dunkle“ Podcast am 23.2.2026 (81 Minuten) / Interviews zur Situation in Iran: WDR, 4.3., ZDF Kulturzeit, 11.3.
- **Abschiebestopps** für 3 Monate in einigen Bundesländer erlassen nach § 60a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), ausgenommen sind Straftäter und Gefährder (Übersichten vom FRNRW, von Asyl.net): u.a. Brandenburg am 20.1.2026, NRW am 16.1.2026 (3 Monate, befristet bis 15.4.2026, Link), Rheinland-Pfalz am 14.1.2026, Schleswig-Holstein am 14.1.2026.

6.7 Schutz für irakische Jesidinnen – NRW-Schutzprogramm beantragt / Umfrage bis 22.3.

Den **Genozid an der jesidischen Bevölkerung**, der 2014 im Irak vom Islamischen Staat begangen wurde, hat der Bundestag am 19.01.2023 einstimmig anerkannt. Trotzdem ist die Schutzquote gesunken und es wurden vermehrt Abschiebungen in den Irak (unbeachtet dass sie Jesid:innen sind).

NRW-Landesschutzprogramm für ausreisepflichtige Jesidinnen wurde am 30.9.2025 gemeinsam von den Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beantragt (18/15906). Integrationsausschuss am 8.1.2026 mit Stellungnahme des FR NRW. ➔ Genaueres im FR NRW-Newsletter Februar 2026, S. 5-7
Der FR NRW macht seine monatliche **Umfrage zu diesem Thema**: Bitte bei ehrenamt2@frnrw.de bis 22.3. melden, wer Fälle von jesidischen Flüchtlingen kennt, die kürzlich aus NRW in den Irak abgeschoben wurden bzw. in denen aktuell konkret die Abschiebung droht!

6.8 „FamilienPlusPunkt“ Karte

Infos, Antrag /: Familien mit mind. einem Kind unter 18 Jahren erhalten damit unterschiedliche Rabatte, Ermäßigungen oder Aktionen bei Kooperationspartner*innen. Diese Karte kann im Familienbüro bzw. online beantragt werden und ist erhältlich in Kartenform (1 Karte pro Familie) oder digitaler Form (jedes Familienmitglied kann die Karte auf dem eigenen Mobilgerät speichern und nutzen).

Familienbüro im Kalk Karree, Ottmar-Pohl-Platz 1, 51103 Köln. Tel 0221-221-30300
Ohne Termin: Do 8 bis 12 Uhr / Do 14 bis 16 Uhr bei Fragen zu LITTLE BIRD
Mit vorheriger Terminvereinbarung: Montag, Dienstag, Freitag, 8 bis 12 Uhr

6.9 Sirenenalarm: Probealarm und Selbstschutzmaßnahmen

- **Probealarm**: http://stadt-koeln.de/probealarm / 2026 am Do 12.3., Sa 6.6., Do 10.9., Sa 5.12.
- **Was tun bei Alarm im Notfall?** Geschlossene Räume aufsuchen, Fenster und Türen schließen, auf Durchsagen im Radio, Feuerwehr, Polizei oder Nachrichtenseiten achten, Nachbarschaft informieren
- **Selbstschutztipps** für verschiedene Katastrophenfälle: Webseite, PDF (17 S.), in einfacher Sprache

6.10 Escape-Room „Fremd in einem Land“ der Bonner Flüchtlingshilfe e.V.

Die Bonner Flüchtlingshilfe e. V. hat mit jungen Flüchtlingen den Escape-Room "UNbekanntes UNbehagen" entwickelt, der Menschen ohne Fluchterfahrung sensibilisieren soll. In den letzten 4 Jahren wurde er von mehr als 4000 Leuten gespielt.
Webseite des Escape-Rooms / "Handbuch" zum Nachspielen / Berichte / Podcast vom 11.3.2026 (11 Min.)

7 Materialien zum Download

7.1 Wohnsitzauflage und Wohnsitzregelung

NEU beim FR NRW: „AhP – Arbeitshilfen für die Praxis“: Webseite

AhP #1 (2 S.) ist eine Tabelle über die Bedingungen der Wohnsitzauflage (§ 60 AsylG), Wohnsitzauflage (§ 61 Abs. 1d AufenthG) und Wohnsitzregelung (§ 12a AufenthG). Darin auch die Hinweise auf:

- Residenzpflicht: Arbeitshilfe des WIR-Netzwerks BLEIBdran+ Thüringen (Stand: Juli 2025)
- Lebensunterhaltssicherung im Aufenthaltsrecht: Arbeitshilfe des Paritätischen (Stand: Januar 2024).

7.2 Materialien vom FR Hessen

- Abgelehnt, was nun? Wege aus der Duldung (11.03.2026)
- Syrien: Die Asyl- und aufenthaltsrechtliche Situation syrischer Geflüchtete (4.3.2026)
- Asylfolgeanträge für afghanische Frauen & Mädchen nach dem EuGH-Urteil (11.2.2026)
- Grundzüge des Familiennachzugs und aktuelle Probleme (28.1.2026)
- Ukraine & Syrien – Möglichkeiten der Aufenthaltssicherung (10.12.2025)
- Das Asylverfahren. Deine Rechte, deine Perspektiven – erklärt für unbegleitete Minderjährige (2. Aufl. 2024) – FR Nds. Verfügbar auf Deutsch, Englisch und Französisch

7.3 „Abschiebungen und Abschiebungshaft“ – Impulspapier der FES

Webseite der FES (Friedrich-Ebert-Stiftung) / PDF (11 S.) / In einem neuen Impulspaper analysiert Hannah Franz, Juristin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg, die Rolle der Abschiebungshaft im deutschen Rückführungsvollzug. Der Beitrag zeigt auf, dass Abschiebungshaft häufig weniger zur tatsächlichen Durchführung von Abschiebungen dient, sondern wegen hoher Fehler- und Rechtswidrigkeitsquoten sowie strukturelle Vollzugshindernisse mehr Symbolpolitik ist. Stattdessen wird plädiert für eine evidenzbasierte Neubewertung der Abschiebungshaft und für eine stärkere Ausrichtung der Rückführungspolitik an Grundrechten, empirischen Befunden und rechtsstaatlich tragfähigen Alternativen, wie etwa individuellem Fallmanagement und verbesserter internationaler Kooperation.

8 Termine

8.1 Zusammenstellungen und Portale

Kölner Willkommenskultur: Aktuelle Veranstaltungen

Rundbrief Forum für Willkommenskultur (seit 19.3.2015), Rundbriefe am 10.03., 23.02., 10.2., 27.1.2026 und weitere: https://www.koeln-freiwillig.de/rundbrief-des-forum-fuer-willkommenskultur

- Veranstaltungskalender des Netzwerks "Willkommenskultur Köln": https://www.wiku-koeln.de/termine mit dem Angebot, per E-Mail über neu eingestellte Termine und Materialien benachrichtigt zu werden.
- ANN – Aktion Neue Nachbarn: Regionale Veranstaltungen: Webseite, Newsletter (Überblick), Archiv Jan 2024 bis Juli 2025, #5 für Sept/Okt, #06 Nov/Dez 2025, Jan/Febr 2026, März/April
- DRK-Infodienst des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe, vierteljährlich, abonnieren bei Friederike Rausch, Telefon 0221 990 443 292, Mobil 0170 70 69 211, Fluechtlingshilfe@drk-koeln.de

Jobcenter und Arbeitsagentur: Veranstaltungen

- Arbeitsagentur Köln: https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/koeln/veranstaltungen
- Jobcenter Köln: https://www.jobcenterkoeln.de/veranstaltungen/

Gremien der Stadt Köln (Auswahl): Mitglieder 2025-2030 und Termine 2026

Im **Ratsinformationssystem** (Link) sind Berichte und Beschlüsse einsehbar.
Im Folgenden einige Gremien, die auch mit Flucht und Migration zu tun haben:

- **Rat der Stadt Köln**: Livestream&Aufzeichnungen, Mitglieder 2025-2030, Termine 2026: 13.1., 5.2., 19.3., 12.5., 2.7., 2.9., 8.10., 12.11., 10.12.
- **Runder Tisch für Flüchtlingsfragen (RuTi):** Mitglieder 2025-2030 Termine 2026: Fr um 11 Uhr am 30.1., 6.3., 24.4., 19.6., 25.9., 27.11., Meilensteine 2003-2025: Präsentation beim 100. Treffen am 11.4.2025 von Claus-Ulrich Prölß, KFR
- NEU: ACI – **Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration** (Link) [früher: Integrationsrat: Link]: Mitglieder 2025-2030 / Termine 2026: Di um 15 Uhr am 13.1., 24.2., 21.4., 9.6., 15.9., 17.11.2026
- **Sozialausschuss** (Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren): Livestream & Aufzeichnungen / Webseite / Mitglieder 2025-2030 Termine 2026: Do um 15:30 Uhr am 15.1., 5.2., 26.2., 23.4., 11.6., 17.9., 17.11.2026 (17 Uhr)
- **Bezirksvertretungen (BV):** Webseite mit Terminen von allen 9 BV
- **Fachausschüsse und weitere Gremien**: Webseite

Flüchtlingsrat NRW (FR NRW): Online-Veranstaltungen

Webseite / [m. V.] – mit Vorkenntnissen / Ansprechpartner:innen: **AK**: Anja Kunz, ehrenamt1@frnrw.de
FB: Fabian Bonberg ("Vernetzung des Ehrenamts"), ehrenamt2@frnrw.de, Tel: 0234-58 73 15 83
AP: Alexander Pott ("Begleitung u. Betreuung der Initiativen"), initiativen@frnrw.de, Tel: 0234 58 73 15 79

Alle Informationen auf „Aktuelle Veranstaltungen“ des FR NRW, Anmeldungen bis 2 Tage vor dem Termin:

- Do 26.3.: **Abschiebungen von jesidischen Schutzsuchenden aus NRW [m. V.],** 17:30-19 Uhr, Anm. b. **FB**
- Di 14.4.: **Entwicklung der kommunalen Unterbringung von Flüchtlingen in NRW [m. V.],** 17:30-19 Uhr, Infos, Anmeldung bis 12.4. bei **AP**
- Do 16.4.: **Wohnsitzauflage und -regelung [o. V.],** 17:30-19 Uhr, Anmeldung bis 14.4. bei **FB** ➔ AhP #1
- Di 21.4.: **Ehrenamtliche Unterstützung beim Deutschlernen [m. V.]**, 17-18:30 Uhr, Anm. bei **AK**
- Di 28.4.: **Allg. Fördermöglichkeiten für die Arbeit mit Flüchtlingen [o. V.],** 17:30 – 19 Uhr, Anm. bei **AP**

Hessischer Flüchtlingsrat: Online

Terminkalender, Schulungsunterlagen (➔ **7.2**)

8.2 Einzelne Termine

Mi 18.3.: „Mir fehlen die Argumente, aber Haltung ist mir wichtig?!“, online, 12 Uhr

Hilfestellungen und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit antidemokratischen Äußerungen
Webseite mit Anmeldung, Veranstaltung von „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“

Sa 21.3.: Demonstration und Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Rassismus, ab 13 Uhr

Infos, Aufruf / Demonstration (13 Uhr Sudermannplatz) mit Kundgebung (14 Uhr Hohenzollernring) Unter dem Motto „Ja zur Demokratie – Ja zu Menschenwürde – Ja zu Gerechtigkeit. Nein zu Rassismus – Nein zur

AfD“ ruft das Bündnis „Köln stellt sich quer (www.kssq.de)“ auf: *„Am Internationalen Tag gegen Rassismus lasst uns deutlich machen: Wir stehen für die universelle Geltung der Menschenrechte und des Völkerrechts und die Achtung der Menschenwürde – national und international. Wir treten ein für einen starken freiheitlichen demokratischen Rechts- und Sozialstaat, für eine friedliche und klimafreundliche Politik, für eine gerechte Vermögensverteilung, die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und Minderheitenschutz – gegen die Feinde der Demokratie, gegen Rassismus und Rechtsextremismus, in Köln und überall!*“.

Mi 25.3.: Vernetzungstreffen in Rodenkirchen, 19-21 Uhr
Infos, Flyer, Anmeldung, Ort: Melanchthonkirche, Breniger Str. 20, 50969 Köln-Rodenkirchen

Do 2.4.: Ehrenamtsinfo des Jobcenter-Integration Point – Online, 17–19 Uhr (alle 2 Monate)
Webseite, Flyer / neuer Link über Microsoft Teams! / Fragen an die Gäste bis spätestens 1 Woche vorher (26.3.) schicken an Herrn Caffier / Frau Danebrock: Jobcenter-Koeln.Ehrenamt@jobcenter-ge.de
Termine 2026: alle zwei Monate am 1. Donnerstag: 11.6., 6.8., 1.10., 3.12.2026

Mi 22.4.: Perspektiven für Menschen mit unsicherem Aufenthalt, 18-20 Uhr, Porz
Ort: Bürgeramt Porz, Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln
Anmeldung: Mesut Mutlu | 0173 879 72 38 | mesut.mutlu@stadt-koeln.de

Di 28.4.: Arbeit als Integrationsbasis, ANN Fachnachmittag, 15:30-20 Uhr, VHS-Forum
Infos, Anmeldung, Ort: Forum VHS im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33 | 50667 Köln
Wie können Menschen mit Internationaler Familiengeschichte und Fluchterfahrung beruflich in Deutschland und Köln Fuß fassen? Fachvortrag von Dr. Niklas Harder (DeZIM-Institut), Austausch und Imbiss.

Di 5.5.: „GEAS & Co. Solidarität in der Stadtgesellschaft?!“, 24. Kölner Fachtagung Flucht, VHS-Forum
Flyer, Anmeldung / 8:30 – 17 Uhr / Vorträge und Workshops

Mi 6.5.: Engagier dich! – Engagementbörse für die Willkommenskultur in Köln, 18-20 Uhr
Infos, Ort: Ort: FORUM VHS, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln
Nach einem kurzen Bühnenprogramm stellen sich auf einem „Markt der Möglichkeiten“ Initiativen und Organisationen aus der Kölner Willkommenskultur vor. Bei einem sehr guten vegetarischen Abendimbiss bleibt auch viel Zeit für Vernetzung und Gespräche. Anmeldeschluss für Gruppen: 24.4.2026, 15 Uhr
Anmeldung für Besuchende (zur Planung des Imbisses) bei vhs-gesellschaft@stadt-koeln.de

Sa 9.5.: Wege zur Einbürgerung, 10-12:30 Uhr, Porz
Infos, Flyer, Ort: Bürgeramt Porz, Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln
Anmeldung: Mesut Mutlu | 0173 879 72 38 | mesut.mutlu@stadt-koeln.de
Der Referent Hamza Ellakoui, Caritasverband für die Stadt Köln e. V., wird über Anforderungen für die Einbürgerung (z.B. Sicherung des eigenen Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse), Umgang mit langen Antragszeiten und die Einbürgerung der gesamten Familie informieren. Eine Veranstaltung von Katholischem Bildungswerk, Aktion neue Nachbarn, Caritas Köln, Katholikenausschuss, Katholisches Stadtdekanat, Stadt Köln, AK Politik und Forum für Willkommenskultur.

Mi 17.6.: Fachtag zu Gewaltschutz & queeren Geflüchteten, 9:30-16:20, Alte Feuerwache
„Unterbringung im Übergang – Schutz von queeren Geflüchteten in Landesunterkünften im Licht und Schatten der GEAS-Reform“, Ort: Alte Feuerwache Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln
Der Fachtag richtet sich an queere Menschen mit Fluchterfahrung, Beratungsstellen sowie Akteur*innen aus Verwaltung und Praxis. Veranstaltet von LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt, *www.lsvd.de*

9 Nächstes AK-Politik-Treffen am Do 19.3.2026 um 19 Uhr in Präsenz

Ort: Melanchton-Akademie, Sachsenring 6, 50677 Köln-Südstadt (Wegbeschreibung), Nähe Chlodwigplatz

AK Politik-Treffen in **2026** am 3. Donnerstag im Monat ➔ SAVE THE DATES!
Ort: Melanchton-Akademie oder online (s. jeweilige Einladung)
Do 15.1., 19.2., 19.3., 15.4., 21.5., 18.6., 16.7., 20.8.(?), 17.9., 15.10., 19.11., 17.12.2026
Bisherige AK-Politik-Protokolle und Zusammenfassungen auf www.kurzelinks.de/AK-Politik

Protokoll: Angelika Wuttke